

Ralf-Uwe Beck
Wie wollen wir leben?
Nachhaltigkeit und Bürgerbeteiligung

Internationale Fachtagung
Ressourcenmanagement & Energieeffizienz
am 23. Mai 2014 in Delitzsch

Fachforum 4

Nachhaltige Entwicklung. Das ist eine mittlerweile allgemein anerkannte Notwendigkeit und seit der Weltklimakonferenz in Rio 1995 eine Verabredung unter den Staaten – aber als solche auch ein uneingelöstes Versprechen. Alle Welt redet von Nachhaltigkeit. Aber gerade durch dieses oft belanglose Gerede ist der Stachel bis zur Beliebigkeit rundgelutscht. Selbstverständlich hat sich einiges an Effizienzentwicklung getan und der Blick für den Ressourcenverbrauch, dass darf sogar verallgemeinert werden, ist geschärft. Fast gleichzeitig aber trübt sich der Blick für die Folgen unseres Lebensstils. Unsere Autos verbrauchen weniger; da können wir uns besseren Gewissens den Stadt-Jeep leisten, weil der so schön „hoch“ ist und wir so leichter einsteigen können. Die Glühlampen gehen zur Neige und ihre halogenen Alternativen verbrauchen ja tatsächlich weniger; dafür dürfen es dann in Küche und Klo gleich ein paar mehr sein.

Wie wollen wir leben? Die meisten Menschen in den ärmeren Ländern werden antworten: so wie ihr. Das ist menschlich. Wir Osis müssten uns noch erinnern können, welche Überzeugungskraft dieser goldene Westen auf uns hatte – so stark, dass wir nach der Grenzöffnung ein Gutteil der revolutionären Kraft in den Supermärkten des Westens zurückgelassen haben. Wir in den reichen Ländern leben der übrigen Welt einen sehr überzeugenden Wohlstand vor. Nur nachhaltig ist der eben nicht. Wollten alle Menschen der Erde tatsächlich so leben wie wir, bräuchte es fünf Erdkugeln.

Wirklich nachhaltig zu leben, würde heißen, dass irgendwann die Völker der kleinen Inselstaaten im Pazifik nicht mehr nach neuen Heimaten suchen müssen, weil der Meeresspiegel steigt, weil wir zu viele Treibhausgase verursachen, weil wir zu viel Energie verbrauchen, weil wir zu viele Autos und damit auch noch zu weit fahren, weil wir ...

Die Frage danach, wie wir leben wollen, in unserem Raum zu stellen, heißt zugleich, *in Frage* zu stellen, *wie* wir leben oder – um im Nachhaltigkeitsduktus zu bleiben – welchen ökologischen Fußabdruck wir hinterlassen. Niemand kann eine Antwort verstehen, wenn es nicht eine Antwort auf eine zuvor gestellte Frage ist. Auch das ist etwas, das gemeinsam geleistet werden muss: Anzuerkennen, wie sehr wir über unsere Verhältnisse leben. Das steckt ja immer noch in dem Slogan, der sich schon wie Asche im Mund anfühlt, aber nichts an Sinnhaftigkeit verloren hat: Global denken, lokal handeln. Ich kann heute die Probleme,

die diese Welt hat, in jedem Dorf nachvollziehen und ich kann überall auf dieser Erde damit beginnen, die Richtung zu ändern.

Wie wollen wir leben? Das ist eine andere Frage als die, wie *ich* leben will. Wie wollen *wir* leben? Beantworten können wir das nur gemeinsam. So gesehen ist die Nachhaltigkeit angewiesen auf Bürgerverständigung, Bürgerbeteiligung und Bürgerentscheide. Das „wie denn und was denn“ einer nachhaltigen Entwicklung muss gemeinsam formuliert und schließlich verabredet werden. Es gibt keine nachhaltige Entwicklung ohne das Gespräch zwischen und mit den Bürgerinnen und Bürgern, jedenfalls keine mit Bestand. Wird der Anspruch eines gerechteren Lebens nicht von allen hochgehalten, gerät er – das darf man wörtlich nehmen – unter die Räder unseres Wohlstandes.

Dieser Dialog mit möglichst allen gesellschaftlichen Akteuren, dieses Ringen um einen Konsens, wie gerecht zu leben ist, war Kernanliegen der kommunalen Agenda 21-Prozesse. Gestartet sind sie vielerorts mit Sekt und Häppchen. Heute dümpeln sie – wenn überhaupt – in Hinterzimmern vor sich hin.

Die Frage, wie wir leben wollen, wird oft schon entschieden, bevor wir geboren werden, dort, wo die Weichen gestellt werden, unsere Infrastruktur beschlossen wird. Damit legen wir die Größe unseres ökologischen Fußabdrucks vor. Auf den Autobahnen, die wir vor 20 Jahren, 15 und 10 Jahren gebaut haben, werden wir noch ein halbes Jahrhundert in die falsche Richtung fahren. Mit den Kraftwerken, für die wir uns heute entscheiden, werden wir Jahrzehnte zu leben haben: Atom- oder Braunkohlekraftwerke, Braunkohle oder erneuerbare Energien. Und erst mit dem EEG gab es einen Schub für Sonne und Wind. Wir stellen die Weichen für mehr oder weniger nachhaltiges Wirtschaften und Leben.

Unsere Erwartung ist, dass die Politik dieses „wir“, stellvertretend für uns alle, vertritt, im Sinne des Gemeinwohls agiert, also alles zum Besseren wendet – und um beim Thema zu bleiben, für mehr Nachhaltigkeit, ein besseres Ressourcenmanagement und eine höhere Energieeffizienz sorgt.

Dafür wählen wir aus unserer Mitte Menschen, denen wir zutrauen, uns zu vertreten, und denen wir vertrauen. Wir sind die Auftraggeber – und die Politik, Verwaltung, sind die Auftragnehmer. Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus, auf jeden von uns geht alles staatliche Handeln zurück – und es fällt auf uns zurück.

Ein Bewusstsein dafür gibt es vor allem vor Wahlen. Die Bürger sind eingeladen, sich wieder einmal als Souverän zu erleben. Und in der Tat nivelliert die Demokratie im Augenblick der Wahl alle Unterschiede in einer Gesellschaft, deshalb lassen Wahlen für einen Moment Gerechtigkeit aufblitzen: Die Stimme des einen nämlich, den wir zu sozial Schwächeren zählen, ist genauso viel wert wie die Stimme des erfolgreichen Unternehmers, die Stimme des 18-Jährigen genauso viel wert wie die erfahrene Stimme eines 80-Jährigen. In Wahlkampfzeiten suchen die Kandidierenden unsere Nähe, plötzlich wollen sie mit uns reden.

Nach einer Wahl – so empfinden es viele Bürger – suchen sie dann das Weite: „Jetzt wollen wir in Ruhe unsere Arbeit machen“, was wohl oft auch heißen soll: Nun lasst uns in Ruhe.

Das Streben nach der Macht oder danach, an der Macht zu bleiben, gehört zu den Parteien wie der Wind zum geblähten Segel. Das zwingt sie, sich zu positionieren, sich zu profilieren, sich erkennbar abzugrenzen gegenüber dem politischen Gegner und eben so auch erkennbar und wählbar zu bleiben. Aber dies geht mitunter auch auf Kosten einer sachorientierten Politik. Mitunter vertreten die Gewählten ein wenig mehr die Interessen ihrer Partei (vielleicht auch um die eigene Laufzeit zu verlängern) und etwas weniger die Anliegen der Bürgerschaft. Die Idee der Regierungssysteme, die wir in Deutschland haben, ist, dass Koalition und Opposition miteinander streiten, oder positiv gesagt, um die beste Lösung ringen – das alles zum Wohle der Gemeinschaft. Theoretisch. Heiner Geißler nennt es das Krebsmittel der parlamentarischen Demokratie, dass Argumente schon deshalb nicht gehört oder akzeptiert werden, nur weil sie vom politischen Gegner kommen. Hier wird unser Demokratieprinzip verraten – das kann nicht zum Wohle der Gemeinschaft sein.

Die repräsentative Demokratie neigt zudem zu einer kurzatmigen Politik, die in Legislaturperioden abrechenbar sein muss. Die Legislaturperioden aber sind gerade in Sachen Nachhaltigkeit wie Scheuklappen, zwischen denen sich die ökologischen Probleme türmen.

Das spiegelt sich auch bei der Bürgerbeteiligung: Formell ist sie bei vielen Vorhaben vorgeschrieben. Gut so. Nur dialogisch ist sie oft nicht angelegt. Einen Austausch untereinander gibt es oft nicht. Bürgerbeteiligung ist gemeinhin eine Einbahnstraße und beschränkt sich auf die Abgabe einer Stellungnahme in einem oft halbherzig abgewickelten Verfahren, bei dem es vorrangig darum geht, die Akzeptanz für längst beschlossene Projekte zu organisieren. Hier zeigt sich, wie angesehen wir als Bürger in den Augen von Verwaltung und Politik sind. Sind wir lästig oder willkommen? Sind wir eingeladen oder müssen wir uns fühlen als würden wir – wenn wir uns äußern – Politik und Verwaltung „auf den Sack gehen“ und von der Arbeit abhalten? Natürlich sind Verwaltung und Politik ganz nah dran – an allem. Sie sind es, die mit jeder Faser, mit Herz und Verstand all die Probleme der Region und der Stadt auf dem Tisch haben. Die sich kümmern von morgens bis abends und manchmal auch des nachts. Und dann kommt da so ein Bürger mit irgendeinem Kleinkram. Der ist jetzt gar nicht dran, jetzt muss erst das und jenes und überhaupt, die Reihenfolge der Patienten bestimmt der Arzt, Kleinvieh macht auch Mist.

Das Gegenprogramm heißt: Viele Krumen machen ein Brot. Den Satz habe ich von meinem Großvater, der vier Jahre in sibirischer Kriegsgefangenschaft war. Er wusste, wovon er redet. Viele Krumen machen ein Brot. Wir brauchen sie alle, jede und jeden einzelnen, ob arm oder reich, ob Regel- oder Hochschulabschluss.

Gerade die Debatte um eine nachhaltige Entwicklung verlangt nach einer Öffnung. Wollen wir die Frage, wie wir leben wollen, und wollen wir uns dieser Frage ernsthaft stellen, brauchen wir eine Bürgerbeteiligung, die frühzeitig die Bedarfsfrage zulässt, ob das Projekt überhaupt zeitgemäß, sprich: nachhaltig, ist und nicht fertige, alternativlose Projekte vorsetzt.

Echte Abwägungen sind gefragt und ein frühzeitiger Dialog mit den Vorhabensträgern. Zuvorderst aber gilt es, zur Beteiligung einzuladen, anstatt sich unterm Planungstisch die Hände zu reiben, wenn kaum jemand aufmuckt gegen das Vorhaben. Eine Planung kann nur besser werden, wenn sich möglichst viele Menschen mit ihrer Kritik und mit ihren Ideen einbringen. Schlägt hier kein Herz, bekommt die Bürgerbeteiligung Kreislaufstörungen.

Das Zauberwort dieses Jahrzehnts ist das der Beteiligungskultur. Es gibt dafür kein generelles Rezept, es wird probiert – überall auf dieser Erde. In Island wird eine neue Verfassung geschrieben und über Facebook gibt es 1.700 Kommentare. In Baden-Württemberg gehen zu einem Energiekonzept im Land 7.000 Stellungnahmen ein, zwei Drittel davon, wie die Fachleute sagen, „hochwertig“, der Thüringer Landtag startet als erster in ganz Deutschland ein Diskussionsforum im Internet, so dass wir uns direkt zu Gesetzesvorhaben äußern können. Planungszellen und Zukunftswerkstätten haben Konjunktur. Stadtplaner entdecken den „Zufallsbürger“, sie verlassen die förmliche Beteiligung und wollen Bürgermeinungen einbinden, weil die kreativ sind, nah am Problem und die Lösungen – wen wundert’s – passen plötzlich und sind akzeptiert. In Brasilien wird der Bürgerhaushalt erfunden, in Berlin Lichtenberg nachgemacht, aber es interessiert kaum jemanden; daraufhin gehen die Mitarbeiter der Stadtverwaltung zum Bahnhof und befragen die Leute, die stehen da eh nur rum und warten auf die S-Bahn. Im Thüringer Ilmkreis holen sich die Bürger mit einem Bürgerentscheid die Abfallwirtschaft zurück und kommunalisieren sie, überzeugt davon, dass dabei mehr Nachhaltigkeit herauskommt als bei einer europaweiten Ausschreibung.

– Das alles und noch viel mehr sind Anfänge, die uns eine Vision ahnen lassen.

Aber machen wir uns nichts vor: Egal wie ausgefeilt und bürgerfreundlich Beteiligungsformen gestaltet sind, es bleibt im Belieben der Entscheider, Bürgervoten aufzunehmen oder nicht. Jede Form von Bürgerbeteiligung kann zur Spielwiese verkommen, wenn Einwände zur Kenntnis, aber nicht wirklich ernst genommen werden.

Ich halte die direkte Demokratie für den Schlüssel, damit die Bürgergesellschaft ins Blühen kommen kann. Mit Bürgerbegehren in den Kommunen und Volksbegehren auf Landesebene können sich die Bürgerinnen und Bürger vom Regierungshandeln unabhängig machen. Sie können nach genau definierten Regeln (Unterschriftenhürden) durchsetzen, selbst zu entscheiden. So haben wir die Möglichkeit, Politik zu korrigieren, Entscheidungen zurückzuholen oder auch ein eigenes Thema zu setzen, einen Vorschlag zu machen, wenn wir ignoriert werden.

Das Instrumentarium der Zivilgesellschaft lässt sich mit einem Gewölbe vergleichen ... den Schlussstein bildet die direkte Demokratie. Erst wenn wir – im Notfall – beanspruchen können, selbst zu entscheiden, werden sich alle anderen Beteiligungsformen entfalten. Sie werden dann nicht nur Spielwiesen der Bürgerbeteiligung sein, die Stellungnahmen von Vereinen und einzelnen Bürgerinnen und Bürgern werden nicht einfach ad acta gelegt werden können, sondern werden dann erst ernst genommen. Dieser Gedanke wandert gerade in die

Definition von Nachhaltigkeit – dessen 300-jähriges Jubiläum wir gefeiert haben – ein. Es zählt nicht nur, ob der ökologische Fußabdruck sich verringert und die Lebensqualität steigt, sondern auch, ob alle an Entscheidungsprozessen beteiligt sein können. Dazu muss sie nicht einmal genutzt werden. Das Entscheidende an den Volksentscheiden ist nicht das Entscheidungsergebnis, nicht, wer sich durchsetzt. Wie auch unser Wahlrecht nicht danach zu beurteilen ist, welche Partei das Rennen macht. Die größte Wirkung hat die direkte Demokratie als Damoklesschwert über der politischen Bühne. Sie hat eine prophylaktische Funktion. Allein diese Möglichkeit sorgt perspektivisch für eine offenerere politische Kultur. Es wird mehr mit den Bürgerinnen und Bürger geredet und weniger über ihre Köpfe hinweg entschieden.

Planungen werden perspektivisch besser, Projekte nachhaltiger angelegt, volkswirtschaftlich genauer gerechnet, transparenter dargestellt, wenn politische Entscheidungen vom Volk zurückgeholt oder Gesetze direkt beschlossen werden können. Je mehr Möglichkeiten, desto größer die Wirkung. Das geht nicht gegen die repräsentative Demokratie, das entzieht ihr nicht die gestalterische Kraft, sondern die direkte Demokratie veredelt sie erst, macht die repräsentative Demokratie repräsentativer – und Entscheidungen im Interesse des Gemeinwohls wahrscheinlicher.

Mittlerweile gibt es in allen Bundesländern die direkte Demokratie auf kommunaler und auf Landesebene, wenn sie auch nicht überall gut nutzbar ist. Auch in Sachsen ist, vorrangig auf Landesebene Reformbedarf. Auf Bundesebene kann sie ihre Wirkungen nicht ausspielen, weil es den bundesweiten Volksentscheid noch gar nicht gibt. Immerhin haben sich fast alle der im Bundestag vertretenen Parteien für seine Einführung ausgesprochen. Nur die Unionsfraktion verweigert sich.

Der Impuls übrigens, die repräsentative Demokratie durch die direkte Demokratie zu ergänzen kommt aus dem Herbst '89.

Was vermögen Bürgerinnen und Bürger für die nachhaltige Entwicklung beizutragen?

Sie erweitern den Horizont politischer Willensbildung, indem sie Aspekte einbringen, die von den Scheuklappen einer Politik, die in Legislaturperioden sortiert, ausgeblendet werden. Sie helfen über parteipolitische Gräben hinweg und können Ideologien ausnüchtern. Als Beleg verweise ich auf zahlreiche Studien, die untersucht haben, welche Wirkungen es in der Schweiz hat, wenn die Bürgerinnen und Bürger auch über finanzwirksame Dinge direkt mitentscheiden können (hier gibt es zwischen den Kantonen ein Regelungsgefälle, so dass sich das untersuchen lässt). Es sind drei Effekte: die Ausgaben der öffentlichen Hand gehen zurück, ebenso die Schuldenaufnahme und auch die Steuerhinterziehung. Die Menschen üben zu Hause in Generationen zu denken, was die Politik längst verweigert. Genau diese Kompetenz gehört in die Finanzdebatten.

Zunehmend mehr Bürger üben den aufrechten Gang, sie buchstabieren, was es heißt, Bürger und Souverän zu sein. Sie wollen gefragt werden und sich auch ungefragt einmischen. Sie

lassen Hinterzimmerpolitik nicht gelten und verlangen den Blick hinter Aktendeckel. Sie wählen launischer, wechseln die Partei und wählen manchmal nicht einmal die, der sie angehören. Der Bürger wird unberechenbarer. Was hier heranwächst nennen Soziologen den „schwierigen Bürger“ (so wie wir über Kinder, die nicht ganz so aufs Wort hören wie der Hund der Familie, schnell einmal sagen „ein schwieriges Kind“). Wer meint, diesen selbstbewussten Bürger, gibt es nicht, der mag die jüngste Geschichte von Baden-Württemberg studieren. Vom Stuttgarter Bahnhofsvorplatz aus zum Regierungswechsel war es nur ein Katzensprung. Das ist ein Bürger, der kann das Sandmännchen von der Tagesschau unterscheiden, der reibt sich schnell die Augen, wenn er das Gefühl hat, es wird Sand gestreut. Und den nimmt er dann und gibt ihn zurück ins Getriebe des politischen Geschäfts. Dieser neue Bürger sucht Verbündete und findet sie in zivilgesellschaftlichen Organisationen.

„Demokratie ... muss hinausführen in die Weltzusammenhänge“, so hat es Theodor Heuss im November 1945 apostrophiert. „Sie ist eine Gesinnung, die im Menschen den Bruder erkennt ... Das Wort ‚Bürger‘ muss Würde haben“

- - -

Mehr Demokratie e.V.
Ralf-Uwe Beck
Bundesvorstandssprecher
rubeck@t-online.de

Der bundesweit tätige Verein Mehr Demokratie engagiert sich für eine fair geregelte direkte Demokratie auf allen politischen Ebenen – von den Gemeinden bis zur Europäischen Union. Kernforderung ist die Einführung des bundesweiten Volksentscheids. Arbeitsfelder sind zudem der Ausbau des Wahlrechts und die Informationsfreiheit.

Werden Sie Mitglied! Damit stärken Sie die politische Kraft von Mehr Demokratie.

www.mehr-demokratie.de